



Gunther Krichbaum

Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030/227-70371 Telefax: 030/227-76371
E-Mail: gunther.krichbaum@bundestag.de
www.gunther-krichbaum.de

Berlin aktuell

„Europa gelingt nur gemeinsam!“

Regierungserklärung von Angela Merkel zum Europäischen Rat

Kaum ein anderes Land hat von der Europäischen Union so profitiert wie Deutschland. Wiedervereinigung, wirtschaftliche Prosperität, Aussöhnung mit den Nachbarländern; all das wäre ohne die Europäische Union nicht möglich gewesen. Und in der Welt von heute werden selbst die Stimmen großer Staaten wie Deutschland und Frankreich kaum mehr wahrgenommen. Ohne die EU gäbe es in einer globalisierten Welt keine wirksame Vertretung europäischer, aber auch nicht deutscher Interessen.

Und noch immer ist die Europäische Union Deutschlands wichtigster Absatzmarkt. All dies wird bei der gegenwärtigen Diskussion über den Euro gerne vergessen. Gegenwärtig sorgt die Bundesregierung dafür, dass der Euro eine stabile und weltweit anerkannte Währung bleibt. Denn auch wenn die Überschriften anders lauten: Wir haben keine Euro-Krise, sondern eine Schuldenkrise in einigen Staaten. Der Wert des Euro gegenüber dem US-Dollar liegt heute deutlich höher, als zum Zeitpunkt der Euro-Einführung 2001. Dies zeigt, dass die weltweiten Finanzmärkte den Euro nach wie vor als stabilen Währungsanker ansehen.

In ihrer Regierungserklärung am letzten Mittwoch hat Bundeskanzlerin Angela Merkel ihre Ziele für den Europäischen Rat aufgezeigt, der gestern in Brüssel tagte. Im Mittelpunkt der Beratungen stand die Schaffung eines dauerhaften Krisenmechanismus für in Not geratende Euro-Staaten ab dem Jahr 2013. Dies ist notwendig, weil dann der Rettungsschirm, der im Frühsommer nach der Griechenland-Krise beschlossen wurde, ausläuft. Bereits beim letzten Europäischen Rat konnte die Bundeskanzlerin durchsetzen, dass der neue Mechanismus erst nach einer Ände-

rung der Europäischen Verträge eingeführt wird. Zudem hat sie bei ihrer Regierungserklärung am letzten Mittwoch die Zustimmung Deutschlands an die Erfüllung eines 9-Punkte-Programms geknüpft.

1. Mit dem neuen Krisenmechanismus werden keine Hoheitsrechte an die EU übertragen
2. Hilfsmaßnahmen werden dann ergriffen, wenn die gesamte Euro-Zone in Gefahr ist
3. Hilfen können nur einstimmig beschlossen werden
4. Der IWF wird eng eingebunden
5. Die drohende Zahlungsunfähigkeit wird nicht vom Europäischen Rat, sondern von der Kommission, dem IWF und der EZB festgestellt
6. Die Unterstützung wird an harte Auflagen geknüpft
7. Fallbezogene Einbindung privater Gläubiger
8. Ab 2013: Klausel zur Einbeziehung privater Gläubiger bei allen neuen Staatsanleihen
9. Nicht-Euro-Staaten können sich beteiligen

Nachdem alle europäischen Staats- und Regierungschefs diesen Punkten zustimmten, kann der neue Mechanismus jetzt ab 2013 greifen.

Zugleich hat die Kanzlerin im Bundestag klar gemacht, dass sie sog. „Eurobonds“, also eine gemeinschaftliche Schuldenverwaltung, ablehnt. Eurobonds, wie sie derzeit angedacht werden, würden zu einem Anstieg des Zinssatzes führen, den Deutschland für seine Staatsschulden zu zahlen hat. Zugleich würde er für notorische Schuldenstaaten sinken. Damit verlieren sie aber den Anreiz, durch harte Reformen ihre Staatsfinanzen in den Griff zu bekommen.

Für Angela Merkel ist die Europäische Union eine Verantwortungsgemeinschaft. „Europa gelingt gemeinsam, Europa gelingt nur gemeinsam“, betonte sie in ihrer Regierungserklärung.

Bundeswehrreform

Das Bundeskabinett hat in dieser Woche die Aussetzung der Wehrpflicht zum 1. Juli 2011 beschlossen. Der Bundesverteidigungsminister hat klargestellt, dass die letzten Einberufungen zum 1. Januar erfolgen werden. Die Unionsfraktion begrüßt die klare Entscheidung des Kabinetts, insbesondere den künftigen Gesamtumfang der Bundeswehr von bis zu 185.000 Soldaten. Hiervon werden 170.000 Zeit- und Berufssoldaten sein, die restlichen 15.000 freiwillig Dienende. Die Botschaft, die von dieser Entscheidung ausgeht, ist klar: Deutschland bleibt ein verlässlicher Bündnispartner mit starken Streitkräften. Die Bundeswehr hat nun die notwendige Planungssicherheit, um die Reform anzupacken. Es ist dem Engagement und der Entscheidungskraft des Verteidigungsministers zu verdanken, dass die grundlegendste Reform in der Geschichte der Bundeswehr gelingen kann. Zudem hat das Kabinett gleichzeitig den Aufbau eines Bundesfreiwilligendienstes beschlossen. Während der Zivildienst derzeit nur sechs Monate umfasst, wird der neue Freiwilligendienst in der Regel zwölf Monate dauern. Davon profitieren pflege- oder hilfebedürftige Menschen, die nun länger von einer vertrauten Bezugsperson betreut werden können. Neu an dem Freiwilligendienst wird auch die Personengruppe sein, die ihn ausüben kann: Alle Männer und Frauen, die die neunte Schulklasse abgeschlossen haben. Damit beschränkt sich der Freiwilligendienst nicht allein auf junge Männer, sondern bieten allen Bürgern die Möglichkeit, sich für die Gemeinschaft zu engagieren.

Koalition beschließt Steuervereinfachungen

Trotz höherer Steuereinnahmen sind umfassende Steuersenkungen angesichts des hohen Schuldenstandes nicht möglich. Trotzdem verliert die christlich-liberale Koalition ihr Ziel, ein einfacheres und gerechteres Steuerrecht zu schaffen, nicht aus dem Auge. Daher hat das Kabinett einen ersten Katalog mit Steuervereinfachungen für Bürger und Unternehmen beschlossen. So entfallen beispielsweise komplizierte Nachweise bei der Beantragung des Kindergeldes für volljährige Kinder, die Werbungskostenpauschale wird erhöht und bei

der Kinderbetreuung entfällt künftig eine ganze Seite in der Steuererklärung. Dies entlastet die Bürger direkt um fast 600 Mio. Euro. Zusätzlich werden auch die Unternehmen durch Maßnahmen zur Entbürokratisierung des Steuerrechts indirekt in einem Umfang von ca. 4 Milliarden Euro von den Neuregelungen profitieren, ohne dass das Steueraufkommen des Staates sinkt.

Einsatz für Religionsfreiheit weltweit

Die christlich-liberale Koalition hat das Werben für Religionsfreiheit und den Einsatz für verfolgte Christen zu einem festen Bestandteil der deutschen Außenpolitik gemacht. An diesem Freitag hat der Bundestag den Antrag der Koalitionsfraktionen „Religionsfreiheit weltweit schützen“ abschließend beraten. Mit dem Antrag wird der Fokus auf drei Bereiche gelegt, die im Kampf für umfassende Religionsfreiheit zentral sind: Zur Religionsfreiheit gehört vor allem das Recht, seinen Glauben öffentlich zu bekennen. Insbesondere in zahlreichen muslimischen Staaten werden dieses Recht und die Möglichkeit, für die eigenen Glaubensüberzeugungen zu werben, stark eingeschränkt. Zur Religionsfreiheit gehört ferner das Recht, den eigenen Glauben zu wechseln oder auch gar keine Religion zu haben. Zahlreiche Staaten, wiederum jene mit muslimischer Bevölkerungsmehrheit, bestreiten dieses Recht.

Allen Leserinnen und Lesern von „Berlin Aktuell“ wünsche ich bereits heute ein gesegnetes Weihnachtsfest und ein erfolgreiches Jahr 2011! Dies verbinde mich
einen herzlichen Dankeschön
für Ihr Unterstützung. Auch im
nächsten Jahr werden ich Sie
am Ende der Sitzungswochen des Deutschen Bundestages über aktuelle Themen aus Berlin informieren.



Ihr